

Beschluss

Sitzung des Landrates vom Mittwoch, 25. September 2019

§ 170

Postulat FDP-Fraktion «Förderung der politischen Bildung im Kanton Glarus»

(Bericht Regierungsrat, 13.8.2019)

Roland Goethe, Glarus, Unterzeichner, beantragt, es sei das Postulat zu überweisen. – Es ist grundsätzlich erfreulich, dass der Regierungsrat das Anliegen der Stärkung der politischen Bildung an den Schulen mit der FDP-Fraktion teilt. Er führt in seiner Antwort sauber aus, wo die politische Bildung im Glarner Lehrplan stattfindet. Auf allen Stufen wird das Zusammenleben in der Gesellschaft, das Demokratieverständnis allgemein, die politischen Systeme und Demokratiekonzepte, die Verfassungs- und Menschenrechte oder die Positionierung der Schweiz in Europa thematisiert. Leider erzielte das Postulat aber nicht die erhoffte und erwartete Wirkung. Der Regierungsrat möchte beim Status quo bleiben und am System nichts ändern. Insbesondere möchte er der politischen Bildung kein grösseres Gewicht geben. Der Regierungsrat hat es verpasst, auf Basis des Postulats aktiv zu werden und eine Lösung vorzuschlagen. Die FDP-Fraktion hingegen möchte, dass die politische Bildung einen festen Platz erhält. Sie soll nicht fächerübergreifend behandelt werden und von den Lehrkräften hin und her geschoben werden können, sodass dieses wichtige Thema am Ende noch ganz untergeht. Die FDP-Fraktion könnte es sich gut vorstellen, dass das Fach im Rahmen des Hauptfaches «Natur, Mensch, Gesellschaft» im Unterfach «Räume, Zeiten, Gesellschaften» zusammen mit der Geografie und der Geschichte Raum erhält. Neben den politischen Grundlagen sollen im neuen Fach auch aktuelle Themen einen Platz haben. Junge, aber auch erfahrenere Politiker sollen zum Beispiel zu Podiumsdiskussionen eingeladen werden. Im Klassenzimmer soll klassenintern über aktuelle Themen und Abstimmungsvorlagen debattiert werden können. Die FDP-Fraktion ist davon überzeugt, dass solche Diskussion auch nach Schulschluss weitergeführt werden. Die Begründung, wonach der Kanton Glarus faktisch alleine dastehen würde und nur der Kanton Aargau mit einer Wochenlektion im letzten Schuljahr ein eigenes Fach kenne, war vielleicht noch richtig, als der Regierungsrat seine Antwort schrieb. Mittlerweile ist sie aber überholt. Eine Initiative der Jungfreisinnigen Basel-Stadt wurde vom Grossen Rat zur Annahme empfohlen. Schliesslich wurde der Gegenvorschlag der Bildungskommission angenommen. Ab 2020 hat die politische Bildung in Basel ihren festen Platz. Andere Kantone werden ganz sicher folgen. Der Basler Regierungsrat war am Anfang auch gegen Änderungen. Die Begründungen waren ähnlich: Im Lehrplan 21 sei ein eigenes Schulfach nicht vorgesehen; die Regierung sei für den Lehrplan zuständig. Der Beschluss des Grossen Rates des Kantons Basel-Stadt widerlegt diese Argumentation. – Das Postulat ist zu überweisen und noch nicht abzuschreiben. Die FDP-Fraktion erhofft sich dadurch, dass der Regierungsrat noch einmal über die Bücher geht und der politischen Bildung im Landsgemeindekanton Glarus den notwendigen Raum zugesteht.

Regierungsrat *Benjamin Mühlemann* beantragt Zustimmung zum regierungsrätlichen Antrag. – Auch im vorliegenden Fall beantragten die Postulanten die Erarbeitung eines Berichts. Dieser Bericht liegt nun vor. Er zeigt auf, was die Schulen unternehmen, um die politische Bildung zu fördern. Diese stellt ein wichtiges Thema dar. Hier geht der Regierungsrat mit den Postulanten einig. Er will die politische Partizipation bekanntlich fördern. In der Legislaturplanung stellt dies das Ziel Nummer 1 dar. Insofern ist der Vorstoss der FDP-Fraktion hochaktuell. Er erlaubt es dem Regierungsrat, aufzuzeigen, welchen Beitrag die Schulen leisten und was sich in jüngster Zeit in diesem Bereich verändert hat. Die öffentliche Diskussion darüber trägt zu einer gewissen Sensibilisierung an den Schulen bei. Sie ist ein wertvoller Anstoss für die Lehrpersonen, sich in das Thema reinzuknien und dieses mit den Schülerinnen und Schülern zu bearbeiten. Die demokratischen Strukturen in der Schweiz sind auf informierte Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Das Interesse bei jungen Menschen an politischen Fragestellungen muss deshalb geweckt werden, Grundlagen sind zu vermitteln. Das ist für die Gesellschaft von existenzieller Bedeutung. Hier hat der obligatorische Schulunterricht selbstverständlich eine grosse Bedeutung. – Der Regierungsrat argumentiert in seinem Bericht sehr stark mit dem neuen Lehrplan. Dieser birgt ein grosses Potenzial. In den kantonalen Lehrplänen der vergangenen Jahrzehnte hatte die politische Bildung eine sehr unterschiedliche Bedeutung. Jeder Kanton regelte diesen Bereich anders. Heute ist der Lehrplan 21 überall eingeführt oder zumindest beschlossen. Die politische Bildung wird nun – im Sinne der Harmonisierung – überall fächerübergreifend thematisiert. Sie wurde wichtiger, auch im Kanton Glarus. Der Regierungsrat hat diese Entwicklung in seinem Bericht detailliert dargestellt. In allen drei Zyklen werden Kompetenzen im Bereich politische Bildung erworben. Es wird sehr viel Energie in das Thema investiert. – Der Regierungsrat ist bezüglich Eingriffe in den Lehrplan und in die Lektionentafel bewusst zurückhaltend. Inhalte und Kompetenzen wurden festgelegt. Zwei Jahre nach der Einführung des neuen Lehrplans braucht es nicht schon wieder Anpassungen. Es werden auch aktuelle Themen wie etwa die Klimademonstrationen behandelt – nicht in einem spezifischen Fach, sondern fächerübergreifend. Dies entspricht der Bildungsrealität, so ist es sinnvoll. Man kann ein Thema aus verschiedenen Perspektiven beleuchten. Die politische Bildung ist von einzelnen Fächern loszulösen. Kooperationen sollen möglich sein. Die Welt der Kinder ist auch nicht in einzelne Disziplinen unterteilt. Auch die Wissenschaft verfolgt oft interdisziplinäre Ansätze. Politische Vorgänge sind zudem überall anzutreffen. Weiter ist es dem Regierungsrat wichtig, dass die Lehrpläne und Stundentafeln nicht Spielball der Politik werden. Sie entsprechen einem Fachwerk, das in einem langen und intensiven Prozess erarbeitet wurde. Die Inhalte sind austariert, verschiedene Interessen wurden unter einen Hut gebracht. Wenn nun je nach politischer Grosswetterlage andere Themenschwerpunkte gesetzt, neue Fächer gefordert oder bestehende abgelehnt werden, dann ist das problematisch. Die politische Bildung könnte das Thema sein, mit dem Tür und Tor für ganz andere Anliegen – auch problematischere – geöffnet werden. Das will niemand. Die aktuellen Lektionentafeln sind nicht perfekt. Aber sie entsprechen im Moment dem Optimum. – Der Kanton Basel-Stadt wird kein neues Fach einführen. Das Erziehungsdepartement wird in der Stundentafel lediglich abbilden, was bereits Realität ist. Es gibt also eine etwas höhere Verbindlichkeit, aber kein neues Fach. Die Stundentafeln der Kantone Basel-Stadt und Glarus sind heute identisch und das bleiben sie auch. – Natürlich kann man immer und überall mehr machen. Mit der Einführung des Lehrplans 21 wird auch mehr gemacht. Jetzt sind Erfahrungen zu sammeln. Die Schulen sollen die Chance erhalten, sich dem Thema zu widmen. Gespräche mit den Lehrpersonen vermitteln den Eindruck, dass ein grosser Akzent auf politische Inhalte gelegt wird. Gemessen wird dies nicht. Das würde auch nicht dem verfolgten Unterrichtskonzept entsprechen. Den Lehrpersonen ist zu vertrauen. Sie selbst sind Akteure in einer politischen Welt. Voraussichtlich im 2020 wird der Regierungsrat die Massnahme aus der Legislaturplanung betreffend den Bericht zur Förderung der politischen Partizipation anpacken. Die Staatskanzlei ist federführend. Es ist naheliegend, dort den Fokus auch auf Verbesserungen im Bereich Kinder und Jugendliche zu legen – im ausserschulischen Bereich etwa. Das hat auch eine hohe Relevanz. Deshalb unterstützt der Kanton ja beispielsweise auch die Jugendsession.

Abstimmung: Der Antrag des Regierungsrates obsiegt über den Antrag Goethe.